

- 5 APR 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/67

Bonn, den 5. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Präambel von Cadenabbia</u> ----- Ihre reale politische Bedeutung ist noch zu klären	48
2 - 3	<u>Frankreichs Streik und die Kommunisten</u> ----- Innenpolitische Folgen nicht abzusehen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	78
4	<u>Vor Rattenfängern wird gewarnt !</u> ----- Eine neue Tarnorganisation Moskaus Von Eberhard Dingels	40
5	<u>Ein vorbildlicher Parlamentarier</u> ----- Zum 70. Geburtstag von Heinrich G. Ritzel, MdB	42
6	<u>Wird das Wetter in Washington und Moskau "gemacht" ?</u> ----- Wunder der Technik im Dienst der Völkergemeinschaft Von Bruno Kuster, Genf	45

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Präambel von Cadenabbia

Ihre reale politische Bedeutung ist noch zu klären

G.M. - Die Präambel von Cadenabbia ist zunächst ein Versuch der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, den durch den Sondervertrag zwischen Paris und Bonn in Washington, London und anderen Hauptstädten des befreundeten Auslandes entstandenen Unwillen wieder aus der Welt zu schaffen. Ob dies jedoch gelingt, hängt von dem Wortlaut des Textes ab, dann aber auch von dem Verhalten der Regierung und der Nationalversammlung in Paris, die sich - wie es bis zur Stunde noch heißt - lediglich mit einer "Deklaration" begnügen wollen, von der ausdrücklich gesagt wird, daß sie völkerrechtlich keinerlei Bedeutung habe.

Mit Präambeln, die Verträgen oder Gesetzen vorangestellt werden, ist es überhaupt so eine Sache. Auch der EWG-Vertrag hat eine Präambel, in der gesagt wird, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft allen anderen Staaten offen stehen soll. Als de Gaulle am 29. Januar 1963 die Aufnahmeverhandlungen mit Großbritannien zum Eintritt in die EWG blockierte, fiel besagte Präambel einfach unter den Tisch. Niemand sprach von ihr, weil jeder wußte, daß rechtlich mit ihr nichts anzufangen sei, und daß man am allerwenigsten mit Hilfe einer Präambel den französischen Staatspräsidenten veranlassen könnte, seinen Standpunkt gegenüber Großbritannien zu ändern.

Auch manches deutsche Gesetz hat eine Präambel. So wird z.B. in der Präambel zum Wiedergutmachungsgesetz gesagt, der Widerstand gegen die Hitler-Diktatur sei verdienstvoll und müsse entsprechend gewürdigt werden. Wie es mit der Würdigung tatsächlich aussieht, können nicht wenige Deutsche bezeugen, die sich noch heute - 18 Jahre nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur! - mit Wiedergutmachungsämtern auseinandersetzen müssen ...

In Cadenabbia scheint es Herrn Adenauer und seinen Freunden zunächst auf die Optik angekommen zu sein. Das ist schon etwas, aber ob es genügt, wird sich erst später beurteilen lassen.

- * Völkerrechtlich nicht verbindliche Präambeln oder
- * Deklarationen sind kein Ersatz für die notwendige
- * Entwicklung eines Partnerschaftsverhältnisses des
- * freien Europa zu den Vereinigten Staaten. Sie sind
- * auch kein Ersatz für die Weiterentwicklung der
- * Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über den be-
- * grenzten Raum eines Europa der Sechs hinaus.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß einige Abgeordnete der Regierungsparteien mit Hilfe der Präambel das eigene Gewissen beruhigen wollen. Wir wissen sehr wohl, und haben es aus vielen persönlichen Bemerkungen in den vergangenen Wochen heraushören können, daß diese Art von Gewissensberuhigung und vielleicht sogar von Selbsttäuschung notwendig war, nachdem maßgebende CDU-Politiker bei ihren Reisen ins Ausland zu spüren bekommen hatten, wie man dort über den Sondervertrag zwischen Paris und Bonn denkt. Und deshalb ist auch anzunehmen, daß Adenauer und Schröder bereitwilligst dem Wunsch nach Gewissensberuhigung einiger ihrer politischen Freunde entgegengekommen sind.

Aber alles dies abzuwägen und in die richtigen Relationen zu den wohlverstandenen Interessen der europäischen und deutschen Politik zu bringen, bleibt auch nach der Präambel von Cadenabbia die Aufgabe des Bundestages.

Frankreichs Streik und die Kommunisten

Innenpolitische Folgen nicht abzusehen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der große Bergarbeiterstreik ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich für die französische Entwicklung. Seine innenpolitischen Folgen sind noch nicht abzusehen. Das Verhältnis zwischen dem gaullistischen Regime und den Gewerkschaften tritt in eine neue Phase.

Hier soll zunächst auf die zwiespältige Haltung der kommunistisch geführten CGT hingewiesen werden, die in den Kohlenrevieren die relativ stärkste Gewerkschaft ist.

Die CGT gegen den unbefristeten Streik

Die CGT war von Anfang an gegen einen zeitlich unbefristeten Bergarbeiterstreik. Zum Unterschied von den christlichen und sozialistischen Berufsorganisationen gab sie die Parole aus, die Arbeitsniederlegung auf 48 Stunden zu beschränken. Als die Kumpel sich dann über diese Losung hinwegsetzten und den Streik mit großer Entschlossenheit und Zuversicht fortsetzten, blieb den kommunistischen Gewerkschaftsführern nichts anderes übrig, als sich der allgemeinen Bewegung anzuschließen.

Die Haltung der CGT am Vorabend des Streiks ist ein wesentlicher Grund für die Zwangsmobilmachung, die sich als katastrophale Fehlspekulation erwies. Die Regierung wußte, daß die kommunistische CGT gegen einen zeitlich unbegrenzten Streik war und die Bewegung auf 48 Stunden beschränken wollte. Nur die relativ schwächeren christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften waren von vornherein für eine unbefristete Streikbewegung. Die Regierung war überzeugt, daß die Bergarbeiter den "gemäßigten" kommunistischen Gewerkschaftsbeamten Folge leisten, die aus bestimmten aussen- und innenpolitischen Gründen an einer Schonung des Regimes interessiert sind. Man rechnete nicht mit der spontanen Stimmung der Kumpels.

Die Regierung war überzeugt, mit der Zwangsverfügung die Bergarbeiter zur Kapitulation zu zwingen, wie schon 1959 die Eisenbahner. Es ging über die Vorstellungskraft der Technokraten, daß sich die psychologische und politische Situation seit Beendigung des Algerienkrieges und der Liquidierung der SAS geändert hat und daß in den Tiefen der Hunderttausenden französischer Bergarbeiter neue Strömungen zum Durchbruch kommen, um alte Forderungen zu verwirklichen.

Auch im weiteren Verlauf des Streiks rechnete die Regierung immer noch damit, daß die Bewegung zusammenbricht oder daß es zu einer Spaltung zwischen den Gewerkschaften kommt.

Kompromißbereitschaft bis zuletzt

Die Gewerkschafter blieben bis jetzt einig. Die CGT blieb aber ihrer "bremsenden" Haltung treu. Sie schloß sich als letzte Gewerkschaft dem unbefristeten Streik an. Als erste Gewerkschaft hat sie die Verhandlungen für einen Kompromiß und für eine Beendigung des Streiks eingeleitet.

Die übliche Behauptung, die Kommunisten seien "Streikschürer", ist damit für die gegenwärtige französische Lage entkräftet. Die große bürgerliche Presse konzentriert hier ihren Zorn hauptsächlich auf die Gewerkschaft CFDT und insbesondere auf den christlichen Bergarbeiterführer Sauty. Unter dem Druck der christlichen Gewerkschaften hat sich bekanntlich die französische Kirche hinter den Bergarbeiterstreik gestellt.

Noch in den letzten Verhandlungen kam es zu einer aufschlußreichen Differenz: der kommunistische Gewerkschaftsführer Delfosse erklärte, der Kompromiß könne in Paris mit der Kohlenverwaltung ohne vorherige Konsultation der Bergarbeiter unterzeichnet werden, um dem Streik so schnell als möglich ein Ende zu setzen. Sauty drängte demgegenüber auf eine vorherige Abstimmung unter den streikenden Bergarbeitern.

Chruschtschows "weicher" Kurs in Frankreich

Wie erklärt sich die erstaunliche Haltung der CGT, die 1947, zu Stalins Zeiten, in den französischen Kohlenrevieren sogenannte "revolutionäre" Streike durchführte und die Gruben erschütterte? Zwei Faktoren werden in Paris genannt:

- 1) Die CGT verfügt als stärkster französischer Gewerkschaftsbund über einen umfangreichen bürokratischen Apparat, den sie nicht gefährden will. Sie hat sich von den Kumpels schon so weit entfernt, daß sie sich schon mehrmals über ihre vitalen Interessen hinwegsetzte. Die CGT glaubt, daß sie sich das auf Grund ihres vorläufig immer noch guten Rufes unter den französischen Arbeitnehmern leisten kann.
- 2) Chruschtschows "weicher" Kurs gegenüber de Gaulle wirkt sich auf Umwegen auch in der französischen CGT aus, die zwar keine rein kommunistische Organisation ist, aber doch an ihrer Spitze eine wesentliche kommunistische Fraktion hat.

Die gaullistische Regierung hat mit diesem Umstand gerechnet, als sie Anfang März die Zwangsembilsmachung dekretierte. Sie glaubte, daß sie sich auf die kompromißbereite Haltung der kommunistischen CGT verlassen kann und daß die Bergarbeiter, den CGT-Führern gehorchend, nach 48 Stunden den Streik abbrechen.

Die französische Regierung weiß heute, daß es in der französischen Arbeitnehmerschaft noch andere Strömungen gibt, die sich nicht unbedingt in politischer oder bürokratischer Berechnung genau erfassen lassen.

Vor Rattenfängern wird gewarnt !

Von Eberhard Dingels

Seit mehreren Monaten versucht ein sogenanntes "Internationales Kolloquium zur Lösung der deutschen Probleme auf dem Verhandlungswege" eine Konferenz in der belgischen Hauptstadt einzuberufen, auf der die deutsche Frage und die Stellung Berlins erörtert werden sollen. Der ursprünglich für November 1962 vorgesehene Termin konnte nicht eingehalten werden, da es die meisten eingeladenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten ablehnten, sich mit Kommunisten und Fellow-Travelern der Sowjetunion und ihrer Satelliten an einen Tisch zu setzen und als neutrale Staffage für die sehr durchsichtigen Zwecke der Veranstalter und Auftraggeber des "Kolloquiums" missbraucht zu werden. Doch dieser Misserfolg liess die Organisatoren nicht ruhen. Jetzt bemüht man sich vom Pariser Sekretariat des "Kolloquiums" aus unter Führung des französischen Professors Laugier, für Mai dieses Jahres erneut eine Veranstaltung mit der gleichen Themenstellung in Brüssel zu organisieren.

Wie eindeutig kommunistisch die Ziele dieser Veranstaltung sind, geht aus der Art und Weise hervor, mit der die Organisatoren die Auswahl der entscheidenden Teilnehmer betreiben. In den z.T. veröffentlichten Listen der Eingeladenen wimmelt es nur so von sattem bekannten Kommunisten, mögen sie aus den Ostblockländern direkt oder aus Westeuropa kommen. Doch nicht genug damit, auch die Themenstellung selbst und das Vokabular der Einladungen verraten die Richtung, aus der der Wind auf dieser Veranstaltung wehen soll, nämlich aus Moskau!

Natürlich wurden auch für die Konferenz im Mai nichtkommunistische Persönlichkeiten der westlichen Welt eingeladen. Damit diese aber nicht zu früh den Braten riechen, entsannen sich die Veranstalter alter Tricks, die auch schon bei früheren Aktionen kommunistischer Tarnorganisationen manchmal ihren Zweck nicht verfehlt hatten. So erhielten die nichtkommunistischen Persönlichkeiten Listen zugesandt, auf denen als Teilnehmer die Kommunisten **n i c h t** aufgeführt waren. Oder aber: man setzte auf die Listen die Namen von Persönlichkeiten, die nachweisbar **n i e** den Veranstaltern der Konferenz ihre Zustimmung zur Teilnahme erteilt hatten, jetzt aber mit ihrem Namen dazu missbraucht wurden, um andere Nicht-Kommunisten doch noch zu einer Teilnahme zu verleiten. Bewußte Irreführung auf allen Ebenen, das ist die Taktik der Organisatoren des "Internationalen Kolloquiums zur Lösung der deutschen Probleme auf dem Verhandlungswege" im Mai dieses Jahres in Brüssel.

Wir möchten darum an dieser Stelle vor einer Teilnahme an dieser Veranstaltung, die nichts anderes ist als eine öffentliche Plattform für kommunistische Parolen und Verleumdungen, warnen.

+ + +

5. April 1963

Ein vorbildlicher Parlamentarier

Zum 70. Geburtstag von Heinrich G. Ritzel, MdB

sp - Wenn es das Handbuch des Bundestages nicht verriete, wäre es kaum zu glauben: Heinrich Ritzel, SPD-Vertreter des 146. Wahlkreises im Deutschen Bundestag, der die politischen Kreise Dieburg und Erbach in Hessen umfaßt, wird am 10. April dieses Jahres 70 Jahre alt. Viernmal wurde dieser temperamentvolle, an Aktivität und Arbeitstempo nicht zu überbietende Mann in direkter Wahl in den Bundestag gesandt. Seine Reden und Anfragen füllen ungezählte Seiten der Bundestagsprotokolle. Haushaltsfragen gilt sein besonderes Interesse, aber es beschränkt sich nicht darauf. Er beherrscht das parlamentarische Metier wie kaum einer, und wohin ihn seine Partei als ihren Vertreter auch immer schickt, ist sie gewiß, gut vertreten zu sein. Das Herz dieses Siebzigjährigen hängt an der Sache, die ihn bewegt. Heinrich G. Ritzel kann von heiligen Zorn erfüllt sein, jedoch nicht verletzen. Seine politischen Gegner hören ihm aufmerksam zu, er hat immer etwas Wichtiges zu sagen. Unvergessen bleiben seine bohrenden Anfragen über die Ausfuhr von Schlachtpferden. Millionen von Tierfreunde haben es Ritzel zu verdanken, daß es zu einem Verbot kam und diese Schande der Tierquälerei ein Ende fand. Zehntausende von Briefen haben ihn allein in dieser Angelegenheit erreicht.

Heinrich Ritzels Lebensweg ist ein Spiegelbild bewegter Zeiten. Hier einige der Hauptstationen. Schon in ganz jungen Jahren wählte ihn seine Heimatstadt Michelstadt im Odenwald zum Oberbürgermeister (1919); von 1924 bis zum Ende der Weimarer Republik gehörte er dem Hessischen Landtag an, von 1930 bis 1935 saß er mit Kurt Schumacher im Deutschen Reichstag. Sein Nein zum Ermächtigungsgesetz zog ihm den besonderen Haß der damaligen Machthaber zu. Aus der Haft gelang ihm die Flucht in das Saarland und von dort in die Schweiz, die ihm Asyl gewährte. Sein Glaube an ein anderes Deutschland blieb auch im Grauen des zweiten Weltkrieges unerschüttert. Als Generalsekretär der Europa-Union in Basel vertrat er in Wort und Schrift heute zum Allgemeingut gehörende Ideen.

1947 erfolgte die Rückkehr in seine Heimat. Seine Parteifreunde machten sich die Energien und Fähigkeiten dieses Mannes zunutze. Es gibt in seinem Wahlkreis wohl keinen, der ihn nicht kennt. Sein Büro ist für jeden offen und vielen Menschen konnte er direkt helfen. Wo es um das Wohl seiner Mitbürger geht, scheut dieser energiegeladene Mann keine Zeit und keinen Weg.

Heinrich G. Ritzel wird an seinem 70. Geburtstag viele Glückwünsche erhalten. Auch wir schliessen uns an, die wir seine Mitarbeit an unserem Dienst hoch schätzen. Leben und Wirken dieses Mannes entspricht dem Bild eines geraden und aufrechten Politikers, der Jüngeren zum Vorbild gereicht.

+ + +

Wird das Wetter in Washington und Moskau "gemacht" ?

Von Bruno Kuster, Genf

Wettersatelliten, neue Übermittlungstechniken und elektronische Auswertungsmaschinen revolutionieren die Wetterbeobachtung und -vorhersage. Washington und Moskau haben sich über eine gewisse Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Wettersatelliten verständigigt. Sie prüfen die Erstellung einer direkten Verbindung zwischen den beiden Hauptstädten, um die Beobachtungen ihrer Weltraumstationen laufend austauschen zu können. Die lückenlose und wirklich weltumspannende Wetterbeobachtung ist somit in den Bereich der technischen Möglichkeiten gerückt. Aufgabe und Ziel der Weltorganisation für Meteorologie, deren vierter Kongress gegenwärtig in Genf stattfindet, ist es, zu versuchen, die Wunder der Technik in die Dienst der ganzen Völkergemeinschaft zu stellen. Wenn davon gesprochen wird, daß mit der Verwendung der Wettersatelliten die Meteorologie um eine neue Dimension bereichert wird, so muß auch die internationale Zusammenarbeit eine neue Dimension erhalten: vom bloßen Austausch nationaler Informationen zum Aufbau eines universellen Wetterdienstes.

Vom Tiros zum Nimbus

Die amerikanische Delegation unterbreitete dem Kongress einen Überblick über die bisherigen Versuche mit den Wettersatelliten vom Typ Tiros, der schon bald durch eine vervollkommnete Station namens Nimbus abgelöst werden dürfte. Seit 1960 wurden sechs Tiros-Stationen auf ihre Bahnen geschickt. Weitere fünf Tiros-Satelliten werden im Laufe des Jahres folgen, um verschiedene neue Beobachtungs- und Übermittlungsgeräte zu erproben. Von besonderer Bedeutung ist ein System für die automatische Bildübertragung, mit welchem der Nimbus, der wenn möglich noch vor Jahresende abgefeuert werden soll, ausgestattet wird.

Dieses System nimmt völlig selbständig immer nach 208 Sekunden eine Photographie auf und übermittelt sie ebenso automatisch allen mit entsprechenden Empfangsgeräten ausgestatteten Bodenstationen, wo auch immer diese sich befinden mögen. Die Auswertung dieser Beobachtungen muß folglich nicht im amerikanischen Wetterbüro zentralisiert und sodann den übrigen nationalen Institutionen weitergeleitet werden, sondern alle Länder können die Nimbus-Photos direkt empfangen.

Bei Tag und bei Nacht

Die Nimbus-Stationen sollen so auf ihre Umlaufbahnen gebracht werden, daß jeder Punkt der Erde im Verlaufe von vierundzwanzig Stunden zweimal vom automatischen Beobachtungssystem erfaßt wird: einmal bei Tage mit den Fernsehkameras, deren Aufnahmen je ein Gebiet von 2.400 km Breite und 650 km Länge wiedergeben, und einmal bei Nacht mit den Instrumenten der Strahlungsmessung.

Der vernünftige Einsatz der Wettersatelliten in Verbindung mit einem vor allem auf der südlichen Halbkugel auszubauenden Netz von Boden- und Seestationen bildet die Voraussetzung für die rein rechnerische und langfristige Wettervorhersage für den ganzen Planeten. Er erleichtert die Erforschung des Wasserhaushaltes der Erde, dem lebenswichtige Bedeutung zukommt. - Aber all das setzt voraus, daß das politische Wetter zwischen Washington und Moskau nicht allzu schlecht ist, denn diese beiden Städte werden zu Angelpunkten der Meteorologie.